

Beilage zu Nummer 138 der Volksstimme.

Mittwoch den 16. Juni 1915.

Wiesbadener Angelegenheiten.

Wiesbaden, 16. Juni 1915.

Die Landesversicherungsanstalt Hessen-Nassau und der Krieg.

Auch die Landesversicherungsanstalt hatte im letzten Jahre große Schwierigkeiten zu überwinden, weil, laut „Wiesb. Sta.“, ein erheblicher Teil des Personals ins Feld rücken mußte. Von den vier Abteilungspräsidenten und den zwei juristischen Hilfsarbeitern wurden ein Landesrat und drei Assessoren zum Kriegsdienst eingezogen, so daß lange Zeit, bis zur Wiedergewinnung eines juristischen Hilfsarbeiters die Geschäfte durch zwei Landesräte erledigt werden mußten. Von dem übrigen Personal stehen weit über 70 Beamte im Kriegsdienst, so daß der Geschäftsbetrieb nur mühsam aufrecht erhalten werden konnte. In gewisser Beziehung wurde die Durchführung des Betriebes durch das verringerte Personal dadurch erleichtert, daß auffälligerweise sowohl die Zahl der Renteneingänge wie auch der Krankheitsfürsorgeanträge erheblich abnahm. (Das muß wohl daran liegen, daß unter der männlichen Arbeiterschaft beinahe alles, was kreucht und krabbelt, zum Heeresdienst eingezogen ist. Red. d. „Volksst.“) In finanzieller Beziehung wurde die Versicherungsanstalt dadurch in erhebliche Mißstände gezogen, daß ein großer Teil der Versicherten im Felde steht und Marken für sie nicht verwendet zu werden brauchen. Auch ist sicher, daß mit der Markenverwendung, soweit sie für die zurückgebliebenen Versicherten weiter zu erfolgen hat, vielfach faulhaft verfahren wird. Die Versicherungsanstalt hat bei dem nur noch geringen Beamtenpersonal, zumal sämtliche Versicherungsinspektoren im Felde stehen, auch nur im beschränkten Maße die Möglichkeit, die Markenkontrolle auszuüben. So steht die Versicherungsanstalt vor der nicht zu ändernden Tatsache, daß ungefähr 1/4 der Posteneinnahme an Beitragsmarken ausgeblieben ist. Da die regelmäßige Organisation der Versicherungsanstalt, Gesamtvorstand und Aufsicht, für die oft plötzlich und umgehend zu erledigenden Kriegsaufgaben zu schwerfällig erschien, wurde ein Kriegsausschuß eingesetzt, der aus dem Vorsitzenden der Anstalt, Landeshaupthauptmann Freiherr Nideseel zu Eisenbach, seinem Stellvertreter Geheimrat Dr. Schroeder, dem Stadtrat Nueh (Raffel) als Vertreter der Arbeitgeber und des Ausschusses und dem Krankenkassen-Vorstand Jordan (Raffel) als Vertreter der Arbeitnehmer besteht. Diesem Kriegsausschuß wurde ein Kriegsvertrag von zunächst 1 Million Mark zur Verfügung gestellt mit der Maßgabe, daß hierüber selbständig verfügt werden kann und daß eine Erhöhung des Betrags in Aussicht gestellt wurde, sobald der Betrag etwa unzureichend erscheinen sollte. Diesen Maßnahmen ist vom Reichsversicherungsamt als Aufsichtsbehörde zugestimmt. Der Ausschuß beschloß gleichzeitig, sich an der ersten Kriegsanleihe mit 10 Millionen Mark Reichsanleihe zu beteiligen und zur Förderung der öffentlichen Gesundheit und sonstiger durch den Krieg hervorgerufenen und die öffentliche Gesundheit gefährdender Notstände den Gemeindeverbänden zu 4 Prozent verzinsliche Darlehen anzubieten, und zwar unter der Bedingung, daß diese Darlehen innerhalb zweier Jahre nach dem Friedensschluß an die Versicherungsanstalt zurückbezahlt werden müssen. An derartigen Darlehen sind bisher rund 3 Millionen Mark ausgeliehen.

An der zweiten Kriegsanleihe hat sich die Versicherungsanstalt mit 5 Millionen Mark Reichsanleihe beteiligt. Diese großen Summen, insgesamt 18 Millionen Mark, haben aus flüssigen Mitteln nicht beschafft werden können, vielmehr waren diese Maßnahmen nur durch Inanspruchnahme der Kriegsdarlehenskasse und unter Verpfändung des großen Wertpapierbestandes der Versicherungsanstalt möglich. Erhebliche Mehraufwendungen an Zinsen sind hierdurch der Versicherungsanstalt jedoch nicht erwachsen, da sie mit einer größeren Anzahl Kasseler Banken einen Kontokorrentverkehr eingegangen ist, wonach sie den Banken die dort jeweilig vorhandenen flüssigen Gelder zu einem Zinssatz von etwa 1 1/2 Prozent und unter Zusage der jederzeit möglichen Rückzahlung abnimmt.

Beschlossen wurde, den Hinterbliebenen von solchen Versicherten, die infolge des Kriegsdienstes gefallen oder gestorben sind oder noch sterben sollten, aus den für Kriegswohlfahrtsgesetze bestimmten Mitteln neben den gesetzlich zu zahlenden Witwen- und Waisengeldbezügen noch eine einmalige freiwillige Dankes- und Ehrengabe zu spenden, und zwar für die Witwe 50 Mark, für ein Kind bis zu 15 Jahren 30 Mark, für zwei Kinder bis zu 15 Jahren zusammen 70 Mark, im ganzen also einen Höchstbetrag von 120 Mark. Vorausgesetzt ist dabei, daß zuletzt Beitragsmarken der Landesversicherungsanstalt Hessen-Nassau verwendet sind, die Wartzeit für die Invalidenrente erfüllt ist und den Hinterbliebenen von einer anderen Anstalt eine gleichartige Ehrengabe nicht bewilligt wurde. Für diese Ehrengabe sind bisher rund 116 000 Mark ausgegeben. Für Kriegswohlfahrtsgesetze gemäß § 1274 der Reichsversicherungsordnung sind gleichfalls große Zahlungen geleistet. Sehr beachtenswert ist eine Stiftung, die kürzlich der Kriegsausschuß im Interesse der Kriegsbeschädigten-Fürsorge im Bezirk der Versicherungsanstalt getroffen hat. Bei der Durchführung der Kriegsbeschädigten-Fürsorge am Orte der Landesversicherungsanstalt in Kassel wurde es nämlich als ein überaus empfindlicher Mangel festgestellt, daß eine Lehranstalt für Krüppelfürsorge in diesem Teile des Bezirks noch nicht vorhanden ist. Bei vielen Kriegsbeschädigten liegt es so, daß eine Vertümmelung oder Verkrüppelung als Kriegsfolge vorhanden ist und die wirtschaftliche Fürsorge muß hier darauf gerichtet sein, diese Kriegsbeschädigten durch entsprechende Behandlung und Ausbildung entweder ihrem alten Beruf zu erhalten oder einem neuen, verwandten Beruf zuzuführen. Diefem Zwecke dienen Krüppel-Lehranstalten, wie solche in geradezu mühsamer Weise in dem Oskar-Selene-Heim in Jendelndorf bei Berlin, im Friedrichsheim in Frankfurt am Main und im Herz-Jesu-Heim in Fulda bestehen. In dem nördlichen Teil des Bezirks der Versicherungsanstalt ist eine solche Anstalt aber leider nicht vorhanden, und sie muß deshalb schleunigst in das Leben gerufen werden. Es ist dazu auch keineswegs zu spät, denn die Kriegsbeschädigten-Fürsorge wird auch noch nach dem Krieg viele Jahre die Mitarbeit der dazu berufenen Stellen in großem Umfang in Anspruch nehmen, und wenn deshalb, wie sicher zu erwarten steht, eine solche Lehranstalt im Frühjahr 1916 in Betrieb gesetzt werden kann, so wird sie sicher noch rechtzeitig genug kommen. Ist aber die Kriegsbeschädigten-Fürsorge nach einer Reihe von Jahren endgültig durchgeführt, so wird eine derartige Anstalt für die Krüppelfürsorge im allgemeinen ausgezeicnet sein und eine sehr vorhandene große soziale Lücke gegenwärtig ausfüllen in der Lage sein. Der Kriegsausschuß der Landes-

versicherungsanstalt hat deshalb mit Zustimmung des Reichsversicherungsamtes beschlossen, für die Errichtung eines derartigen modernen Krüppel-Lehrinstituts die Summe von 300 000 Mark zu stiften mit der Maßgabe, daß die Benutzung dieses Lehrinstituts für den Bezirk der gesamten Versicherungsanstalt offenstehen soll. Der Betrieb soll von der Versicherungsanstalt selbst nicht geführt werden. Es wird vielmehr beabsichtigt, eine selbständige juristische Persönlichkeit in der Form einer milden Stiftung neu zu gründen. (Zweifellos ist es eine der wichtigsten Aufgaben des Staates, die Fürsorge oder Versorgung derer, die in dem blutigen, schauerhaften Weltkrieg ihre gesunden Glieder eingebüßt haben und nach der Heilung ihrer Wunden als Krüppel ins Erwerbsleben zurückkehren, in die rechten Wege zu leiten. Unter keinen Umständen darf diese wichtige Aufgabe der privaten Fürsorge zu fallen. Diesen armen Menschen muß im Gegenteil durch das Gesetz ein angemessenes Dasein und eine neue wirtschaftliche Grundlage gesichert werden. Die auftretenden Schwierigkeiten müssen überwunden werden, eingedenk dessen, daß ja jetzt in der Kriegszeit manches geht, was man vor dem Kriege nicht für möglich hielt. Red. d. „Volksst.“)

Um noch einmal die gesamten Aufwendungen zusammenzufassen, so hat die Landesversicherungsanstalt sich an der Kriegsanleihe mit 15 Millionen Mark beteiligt, den Gemeindeverbänden 3 Millionen Mark gering verzinsliche Darlehen zur Verfügung gestellt und für sonstige soziale Kriegsaufgaben bisher rund 470 000 Mark bewilligt. Die Summe von 470 000 Mark für sonstige soziale Kriegsaufgaben springt ins Auge, ist aber nicht zu groß, wenn man bedenkt, wach ungeheuren Opfer an Gut und Blut gerade die Söhne des arbeitenden Volkes, die ein großes Interesse an der Landesversicherungsanstalt haben, bringen müssen. Wir wollen aber unsere kritischen Ausführungen zurückstellen bis auf spätere Zeiten und hoffen, daß nach dem Kriege die erforderlichen Summen ohne weiteres zur Verfügung stehen, die notwendig sind, die Schäden des Krieges wirksam zu heilen.

Landsturm 1896. Die im Jahre 1896 geborenen Landsturmpflichtigen müssen sich in den Tagen vom 18. bis 23. Juni zur Musterung stellen. Die Musterung findet im „Deutschen Hof“, Goldgasse, statt.

Verleitet keine feuergefährlichen Gegenstände. Amtlich wird uns gemeldet: Trotz wiederholter Warnung werden immer noch feuergefährliche Gegenstände, wie Streichhölzer, Benzin, Keilher, mit der Feldpost versandt. Als beklagenswerte Folgen dieser verbotswidrigen Versendung sind wiederholte Brandfälle anzusehen. Am 16. Mai ist die Ladung eines bei einer Feldpoststation des öffentlichen Kreisausschusses in einem Kraftwagen eingetragenen Postverandes aus sich heraus in Brand geraten, wobei 2 Pakete und etwa 40 Päckchen beschädigt worden sind. Zwei weitere Brandfälle sind jüngsten Datums. Der eine hat sich am 5. Juni in einem Postverande des Juges D 129 Köln-Süd-Verlin, der andere am 8. Juni in einem Postverande des Juges 279 Breslau-Köln-Süd-Verlin ereignet. Beide Wagen waren mit Päckchen für das Obersee beladen. Während in dem Falle vom 5. Juni der Brand so zeitig entdeckt worden ist, daß nur wenig Päckchen völlig vernichtet worden sind, sind in dem Falle vom 8. Juni trotz tatkräftigen Eingreifens des Post- und Eisenbahnpersonals 300 Päckchen dem Brand zum Opfer gefallen. Nach dem Befunde ist in allen drei Fällen Selbstentzündung von Streichhölzern als Ursache der Brände anzusehen. Die Vorfälle sind eine neue ernste Mahnung, die Verleitung von Streichhölzern und anderer leicht entzündbarer Gegenstände mit der Feldpost unbedingt zu unterlassen. Gewiss sind Feuerzeuge unentbehrliche Gebrauchsmittel für den Soldaten im Felde. Es gibt aber völlig ungefährliche, mit Feuerstein und Handschmied, die sich zur Beförderung mit der Feldpost eignen.

Die Reichsvereinstelle für Brotgetreide und Mehl hat Anweisung ergeben lassen, daß den Kommunalverbänden über ihren im Verteilungsplan festgesetzten Bedarf hinaus die zur Brotversorgung des Fremdenverkehrs erforderlichen Mehlmengen bis zu 150 Gramm auf den Kopf und Tag des Fremdenverkehrs, ferner ein entsprechendes Quantum Mehl zu einer höheren Brotversorgung der körperlich schwer arbeitenden erwerbstätigen Bevölkerung geliefert werden.

Wer ist die Tote? Geländet wurde im Rheine bei Kassel die Leiche einer unbekannten Frau, deren Kleidungsstücke mit M. S. gezeichnet sind. Die Leiche, die ohne Schuhe war, kann nur einige Tage im Wasser gelegen haben.

Vereine und Versammlungen.

Wiesbaden. A.-G.-V. „Freundschaft“. Heute Probe für Männer- und Frauenchor pünktlich 9 Uhr.

Aus dem Kreise Wiesbaden.

Schierstein, 16. Juni. (Vorschauweise Abhebungen.) Auf die fälligen Quartiergelder können von den Empfangsberechtigten jederzeit bei der Bürgermeisterei vorschauweise Abhebungen gemacht werden, da die allgemeine Auszahlung wegen verzögerten Eintreffens der Nachweisungen der Kompagnien bisher nicht stattfinden konnte.

Aus den umliegenden Kreisen.

Kreisjugendausschuß Höchst-Homburg.

Auf vierteljährliche Anträge setzen wir uns veranlaßt auf Sonntag den 20. Juni, Nachmittag 3 Uhr, nach Weiskirchen, Gasthaus „Zur Hainlust“ ein.

Allgemeinen Jugendtag

einguberufen.

Die Eltern und Jugendlichen des Bezirks, insbesondere aber der Orte des Oberaunsteins, von Hedderheim, Rödelheim, Soffenheim ufm. werden um recht zahlreichen Besuch gebeten.

Der Jugendtag bezweckt vor allem die Förderung der Geselligkeit. Für die nötige Unterhaltung ist gesorgt.

Für den Jugendtag: Anton Walter.

Heusen, 16. Juni. (Der Verkauf der städtischen Schweinefleischdauernware) wird diese Woche, und zwar am Donnerstag, Freitag und Samstag fortgesetzt. Zum Verkauf gelangt geräucherter Fleisch. Wünsche der Käufer auf bestimmte Fleischstücke können keine Berücksichtigung finden. Das Fleisch wird nur gegen Marken zum Preise von 1.20 Mark für das Pfund bei folgenden Händlern verkauft: Philipp Pabel, Nürnberger Straße 8, Hugo Bauer, Gärtnerstraße 57, Philipp Biermann, Krämerstraße 25, Jean Geist Wwe., Predigerstraße 6, Jean Glinder, Frankfurter Straße 5, David Heilmann, Fischerstraße 28, Wilhelm Heilmann, Fahrstraße 7, Georg Hofmann, Nürnberger Straße 25, Bernhard Horn, Schirnstraße, Heinrich Meier, Vorstadt 5, Jean

Möller, Rosenstraße 22, Heinrich Rückhardt, Lambhofstraße 14, Wilhelm Ray, Steinheimer Straße 5, Theodor Reiningger, Gärtnerstraße 16/20, Christian Nicolous, Nürnberger Straße 11, Kaspar Scharf, Hospitalstraße 6, Andreas Schindler, Marktstraße 15, Eduard Schlinghoff, Bruckhöfer Landstraße 9, Oscar Schmidt, Glodenstraße 20, Jakob Steinmetz, Steinheimer Straße 14, Josef Stenger, Schürstraße 19/21, Hans Waldschmidt, Krämerstraße 27, Lorenz Winkler, Dirschstraße 8, Jakob Zeis, Marktplatz 20, Franz Wohlbe, Weichstraße 2, Heinrich Rieth, Kesselstadt.

+ Königstein, 14. Juni. (Selbstmord.) Im benachbarten Fischbach hat sich der Wilschbäcker Bittelfind erhängt. Die Veranlassung zu der Tat dürfte in geistlichem Ehrgefühl zu suchen sein. Bittelfind war durch Veranlassung eines Kellers einen Pferdehandel eingegangen und hatte hierbei unliebsame Erfahrungen machen müssen.

Kaspach i. T., 15. Juni. (Brand.) Letzte Nacht zwischen 3 und 4 Uhr wurde unser Ort durch Feueralarm in Aufrührung versetzt. Das Gerücht eines größeren Brandes bestärkte sich glücklicherweise nicht; es brannte nur der Holzschuppen unseres Zeitungsträgers Gg. Ernst nieder. Die Ursache des Brandes ist nicht aufgeklärt.

Dortelweil, 15. Juni. (Schlägerei.) Am Sonntag kam es zwischen russischen, österreichischen und polnischen landwirtschaftlichen Arbeitern zu einer blutigen Schlägerei, bei der einer der Beteiligten durch einen Messerstich tödlich verletzt wurde.

Marburg, 15. Juni. (Verkauf der Dauernware.) Der erste Verkaufstag für Dauernware findet am Donnerstag von 8 bis 11 und von 3 bis 8 Uhr im Laden, Parfümeriestraße 27, statt. Der Verkauf erfolgt nur gegen Abgabe von Fleischmarken. Die Preise sind pro Pfund um 20 Pfennig niedriger als in den Fleischläden.

Aus Frankfurt a. M.

Die Stadtratswahlen.

In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung konzentrierte sich das Hauptinteresse auf die Stadtratswahlen. Die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wies auch nicht viel von Bedeutung auf. Der einzige größere Bericht betraf die Uebernahme des Zoologischen Gartens in städtische Regie. Unter anderen Verhältnissen hätte diese Sache nochmals eine große Debatte hervorgerufen; aber gestern war keine Meinung dazu vorhanden. Nur Herr Lehrer Moller (Breuningsheim) machte einen schwachen Versuch, eine Debatte zu entfehlen; er hatte aber kein Glück damit, denn er kämpfte eigentlich gegen Windmühlen. Was er konstatierte, betraf gar nicht die Anträge, die die beiden Ausschüsse stellten. Nach Erledigung der kleinen Tagesordnung konnte schon bald nach 6 Uhr in die nichtöffentliche Sitzung zur Vornahme der Stadtratswahlen geschritten werden. Es waren fünf unbesoldete Stadträte zu wählen. Bei den Herren Binding, Senf, Hoffmann und Dr. Stein war die Amtszeit abgelaufen und für den verstorbenen Herrn Dr. Kirchheim war eine Neuwahl vorzunehmen. Um dieses Mandat war ein stiller, aber erbitterter Kampf entbrannt.

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion beanspruchte dieses Mandat für sich, und zwar unter Hinweis auf die Stärke ihrer Fraktion. In Belprechungen mit Führern der Fortschrittlichen Volkspartei hatten diese auch prinzipiell zugestimmt, daß die Sozialdemokratie einen weiteren Stadtratsitz haben solle; aber diesmal nicht. Den durch den Tod Kirchheims erledigten Sitz beanspruchten die Fortschrittler für sich. Da kam die Kandidatur Flanaus, für die sich die Innungen stark ins Zeug legten. Wie diese Kandidatur zustande gekommen ist, haben wir am Samstag kurz dargelegt. Eine Mehrheit der Fortschrittler machte die Kandidatur zu der ihrigen, während eine Minderheit diese Kandidatur offen bekämpfte und sich für die Abstimmung durch Aufhebung des Fraktionszwanges freie Hand schaffte. Auch einem Teil der Nationalliberalen gefiel die Kandidatur Flanaus nicht, weil auch sie der Meinung sind, daß dieser tüchtige Mann besser der Stadtverordnetenversammlung erhalten bleibt. Dadurch stiegen die Chancen der Sozialdemokratie, die nun den Genossen Dr. Schloffer als Arzt in Vorschlag brachte. Als dritter Kandidat kam Herr Sanitätsrat Dr. Kühner in Betracht, doch haben wir den Eindruck, daß es sich dabei mehr um eine Zufallskandidatur handelte. Daß unsere Auffassung keine falsche ist, erhellt aus der Tatsache, daß gestern Herr Dr. Kühner der Versammlung schriftlich mitteilen ließ, er verzichte mit Dank auf seine Aufstellung.

Von den Freunden der Kandidatur Flanaus war in den letzten Tagen mit Hochdruck gearbeitet worden; hauptsächlich von seinem Manager Waller und seinem Freund Schneider. Wie man uns mitteilt, ist man dabei nicht vor persönlichen Angriffen des Genossen Schloffer zurückgeblieben. Aber das sind Erscheinungen, die man fast bei jeder Wahl beobachten kann. Die Innungen hatten am Montag noch folgendes Zirkular zur Verlesung gebracht:

An die Herren Mitglieder der Fraktion der Fortschrittlichen Volkspartei in der Stadtverordneten-Versammlung Frankfurt a. M.

Wie wir aus einer Zeitungsnote entnehmen, scheint in manchen Kreisen die Ansicht verbreitet zu sein, daß in den Frankfurter Gewerkeorganisationen der Beschluß, in Bezug auf die Stadtratswahl für Herrn Stadtverordneten Robert Flanaus einzutreten, nicht die Billigung und Unterstützung des Gesamtverbandes unserer Organisationen gefunden habe.

Es kann diese irtümliche Ansicht nur auf Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse beruhen. Wir bitten Sie daher nochmals dringend, bei der am 15. d. M. stattfindenden Magistratswahl für unseren Kandidaten Ihre Stimme abzugeben.

Innungs-Ausschuß Frankfurt a. M.

Gg. Sud Wilhelm Pfeiffer
Obermeister der Konditor-Zwangs-Innung Obermeister der Fleischer-Innung

Carl v. d. Emden Julius Leonhard
Obermeister der Glaser-Zwangs-Innung 2. Vorsitzender der Spengler-Innung

Der Obermeister der Schneider-Zwangs-Innung W. Buchwald
O. Chr. Müller Obermeister der Schreiner-Zwangs-Innung

Der Ehrenobermeister der Barbier-, Friseur- u. Perückenmacher-Innung Karl Goldsehr.

Trotz dieser eifrigen Agitation sah es um die Aussichten der Kandidatur Flanaus flau aus, denn — es fehlte die sichere Mehrheit, so sehr man sich auch Mühe gab, eine solche zu schaffen. Wie gearbeitet wurde, erhellt aus der Tatsache, daß gestern auch Herr Wolff, der seit Kriegsausbruch irgendwo

Militärdienste hat, auf der Bildfläche erschien. Das war eine Stimme mehr für Hauhaus.

Die Entscheidung lag diesmal bei den Nationalliberalen, die gestern nachmittag um 5 Uhr noch eine Fraktionsberatung abhielten. Dabei entschieden sie sich mit Mehrheit für die Kandidatur Schloffer. Nur zwei von ihnen haben die Kandidatur Hauhaus unterstützt. Um die Nationalliberalen einzuschüchtern, hatten die fortschrittlichen Anhänger der Kandidatur Hauhaus erklärt, sie würden Herrn Prof. Dr. Stein nicht wiedewählen. Aber auch diese Pressionspolitik verfehlte ihre Wirkung. Herr Goll setzte es zwar durch, daß die Wahl für Kirchheim zuerst vorgenommen wurde; aber er vermochte damit die Nationalliberalen nicht schwanzend zu machen. Die bei der Wahl von Prof. Dr. Stein abgegebenen 14 Stimmen für Hauhaus und die 2 weißen Zettel sind Proteststimmen der Fortschrittler um Waller und Hauhaus. Denn die Sozialdemokraten sind geschlossen für Prof. Dr. Stein eingetreten, wie sie auch die übrigen ausbleibenden Stadträte ohne Bedenken wiedergewählt haben. Das glänzendste Vertrauensvotum erhielt dabei Herr Stadtrat Genh, der einstimmig wiedergewählt wurde.

Nach Ausscheiden der Kandidatur Dr. Hüner war die Situation eine ziemlich klare. Wie der bekannte betrübte Lohgerber, so sah gestern auch Hauhaus seine Felle fortzuschwimmen. Hatten ihn doch seine eigenen politischen Freunde nicht in Zweifel darüber gelassen, daß er die Diktatur ausgestellt erhalten für seine hervorragende Tätigkeit bei einer früheren Wahl. Und in der Tat: für seine Niederlage hat er sich zunächst bei seinem Freund Waller zu bedanken; dann aber darf er sich auch an die eigene Brust schlagen und sagen: mea culpa, mea maxima culpa!

Interessant ist das Stimmenverhältnis. Stadtrat Bindig erhielt von 56 abgegebenen Stimmen 51; 4 Stimmen fielen auf Hauhaus. Stadtrat Genh wurde einstimmig mit 56 Stimmen gewählt. Stadtrat Hoffmann erhielt 46 Stimmen; 3 fielen auf Hauhaus und 7 waren weiß. Und Stadtrat Stein erhielt 40 Stimmen; 14 waren mit dem Namen Hauhaus beschriftet und 2 waren weiß. Das war die Rache derer um Waller für die bereitete Niederlage. Mit betrübten Mienen zogen die Freunde des Herrn Hauhaus von dannen, während auf den Gesichtern vieler anderer Stadtverordneten stille Schadenfreude zu beobachten war. Öffentlich überlistet Herr Hauhaus die Niederlage recht bald. Gestern war ihm die Politik sichtlich verleidet; möge er sich an der Kunst wieder aufrichten.

Aus der städtischen Kriegskommission.

In ihrer letzten Sitzung sagte die Städt. Kriegskommission folgende Beschlüsse:

In Verbindung mit der Hausfrauenberatung und der Gesellschaft für Wohlfahrtsarbeiten sollen Beratungen stattfinden für das Einkommen und Vorräten von Obst und Gemüse, sowie Darten eingerichtet werden, in denen die Bevölkerung ihr Obst und Gemüse einbringen lassen kann. Zunächst wird ein Betrag von 30 000 Mark zur Verfügung gestellt, der aber voraussichtlich nicht ganz ausgeteilt werden wird. Im Verfolg früherer Beschlüsse wird der gemeinsame Ankauf einer größeren Menge Butter hiesiger Händler von der Stadt durch Kreditgewährung und Mitbeteiligung unterstützt.

Mit dem Verkauf des eingelagerten gefrorenen Schweinefleisches soll jetzt begonnen werden. Ueber diejenigen Metzgereien, welche sich an dem Verkauf beteiligen werden, erfolgt noch besondere Bekanntmachung. Der Verkauf zu verhältnismäßig niedrigem Preis soll in erster Linie der minderbemittelten Bevölkerung zugute kommen.

An kleineren Beträgen werden bewilligt dem Verein für Volkskinderkassen 2000 Mark, dem Verein Kinderkassen und dem Krippenverein 3000 Mark. Dem Ortsausschuß für Kriegsbeschädigtenfürsorge sollen zunächst 10 000 Mark bewilligt werden.

Den nicht im Feld befindlichen verheirateten Arbeitern, Angestellten und Beamten mit einem Lohn oder Gehalt nicht über 2500 Mark wird für die Monate Juni, Juli und August eine Feuerungszulage bewilligt, welche bei Familien mit Kindern 10 Mark, ohne Kinder 5 Mark monatlich betragen soll.

Der Zuschuß der Stadt zur Familienfürsorge der bisher auf 200 000 Mark festgelegt war, soll für die Folge weitergewährt werden.

Frankfurter Stadtverordneten-Versammlung.

Frankfurt a. M., 15. Juni.

Vorsitzender: Dr. Friedleben.

Zur Frage der Wahlverteilung.

Beim Erörterung in der letzten Sitzung verlagert werden mußte, erklärt:

Hörmann (Fortf. d. Spt.): Nachdem durch die in der letzten Stadtverordnetenversammlung erfolgte ausführliche Aussprache der Zweck meiner Interpellation erreicht ist, ziehe ich meinen Antrag zurück. Ich sehe dabei voraus, daß der Magistrat die Aussprache zur Beanstandung stimmt, für die Folge nur möglichst einwandfreie Wahl zur Verteilung nach Frankfurt zu bringen.

Stelowski (Sog.) zieht darauf auch seinen, in ähnlichem Sinne gehaltenen Antrag zurück.

Von den Vorlesungen des Magistrats sind nur einige von öffentlichem Interesse. Zur Teilnahme an den Verhandlungen des Kassatischen Selbsttages am 28. Juni zu Frankfurt a. M. werden durch Ruraf Stelowski (Sog.), Kleinmann (natl.), Schneider und Eichstädt (Fortf. d. Spt.) gewählt. Der vom Magistrat beantragten beanstandeten Auffassung der Bürgerliste, die in Zukunft alle zwei Jahre, kurz vor den Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung, erfolgen soll, wird beibehalten zugestimmt.

Ausschußberichte.

Langemann (Sog.) berichtet für den Tiefbauausschuß über mehrere Vorlagen. Die Mitteilung über die einheitliche Berechnung des elektrischen Stromes für die städtischen Amtsstellen der allgemeinen Verwaltung dient zur Kenntnis. Bei der Neuordnung von Straßenverhältnissen in Niederrad bemängelt der Berichterstatter, daß der Kennbachgesellschaft Vorteile gewährt würden, die man anderen Bürgern verweigere. Man habe ihr eine zugangsfertige Straße geliefert, ohne daß sie einen Pfennig dazu gezahlt habe. Gemeinnützige Bürger würden zu Unkostenstellen herangezogen.

Bürgermeister Dr. Luppe entgegnet, der Rechtszustand habe sich nicht geändert. Bei der Kennbach handle es sich um einen gewerblichen Betrieb. Nach dem Fluchtliniengesetz seien dabei Ausnahmen zulässig.

Eine Eingabe, die die Herstellung der Straßenbahnverbindung von Freyungshaus nach Berkersheim verlangt, wird dem Magistrat zur Berücksichtigung überwiesen. In einer anderen Eingabe wird die Verlängerung der Straßenbahn in der Mainstraße gewünscht. Sie wird durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Die Uebernahme des Zoologischen Gartens in städtische Regie.

Dr. Kumpf (natl.) empfiehlt für den Finanz- und Rechtsausschuß Zustimmung zur Uebernahme des Gartens durch die Stadt unter den bereits veröffentlichten Voraussetzungen.

Müller (Fortf. d. Spt.) stimmt im Auftrag seiner Fraktion zu, sprach sich aber gegen eine Verwendung des Gesellschaftshauses als Volkshochschule aus, da das Gebäude dazu nicht geeignet sei und ein Neubau wohl später noch nötig sein würde. Er empfiehlt, nicht nur Dozenten und Akademiker, sondern auch andere geeignete Lehrkräfte bei den geplanten zoologischen Kursen zu verwenden. Ferner bemängelt er, daß trotz des Budgets die äußerliche Linie durchgesetzt habe, daß neben dem Ausblick für Volksvorlesungen auch dem Arbeiterbildungsausschuß gewisse Rechte eingeräumt werden. Er ersucht den Magistrat, das Hoheitsrecht des Ausschusses für Volksvorlesungen nicht anzutasten.

Seiden (Sog.) hat nichts dagegen, wenn außer den Studierenden auch andere Lehrkräfte zu den zoologischen Kursen herangezogen werden. Bei Frage der Zulassung auch des Arbeiterbildungsausschusses sei es nicht verständlich, weshalb sich Müller dagegen wende. Im Ausschuß für Volksvorlesungen sei man sich vollständig klar darüber, daß man die Gebiete, die der Arbeiterbildungsausschuß mit seinen Vorträgen berührt, nicht bearbeiten könne. Es sei deshalb nicht unbillig, dem Arbeiterbildungsausschuß Sitz und Stimme in der Deputation einzuräumen.

Die Vorlage wird mit den Anträgen der beiden Ausschüsse genehmigt.

Schluß der Sitzung 6 1/4 Uhr.

Wahl von Magistratsmitgliedern.

In nichtöffentlicher Sitzung wurde dann die Wahl von fünf unbesetzten Stadträten vorgenommen. Den Kasten des verstorbenen Stadtrats Dr. Kirchheim verlangten die Innungen mit einem Handwerker, die Kertze wieder mit einem Nachfolger besetzt. Der Wahlvorschlugausschuß konnte sich nicht auf eine bestimmte Persönlichkeit einigen und überließ es deshalb der Versammlung, zwischen drei von ihm vorgeschlagenen Veten, dem Stadtratsrat Dr. Hüner, dem Stadtverordneten Hauhaus und dem von den Sozialdemokraten vorgeschlagenen praktischen Arzt Dr. Schloffer, ihre Wahl zu treffen. Ehe die Wahlhandlung begann, teilte der Vorsitzende mit, daß Stadtratsrat Dr. Hüner seine Kandidatur unter dem Ausdruck des Dankes für das ihm entgegengebrachte Vertrauen zurückziehe. Beschlossen wurde auch, die Wahl für Dr. Kirchheim zuerst vorzunehmen. 57 Zettel wurden abgegeben; davon entfielen auf Dr. Schloffer 30, auf Stadtverordneten Hauhaus 23 Stimmen, während 4 Zettel weiß blieben. Gewählt war also Dr. Schloffer. Die Wahl für die vier anderen ausbleibenden Stadträte Konrad Bindig, Andreas Genh, Georg Hoffmann und Prof. Dr. Philipp Stein wurde einzeln vorgenommen. Es wurden gewählt: Konrad Bindig mit 51 Stimmen gegen 4 für Hauhaus und einen weißen Zettel, Andreas Genh mit 56 Stimmen, Georg Hoffmann mit 46 Stimmen gegen 3 für Hauhaus und 7 weiße Zettel und Prof. Dr. Stein mit 40 Stimmen gegen 14 für Hauhaus und 2 weiße Zettel.

12. Generalversammlung der Großenhandelsvereins.

k. Frankfurt a. M., 15. Juni.

Im Anschluß an den Genossenschaftstag fand heute die Generalversammlung der Großenhandelsvereins deutscher Kaufmannvereine statt, die von den gleichen Delegierten besucht war, wie der Genossenschaftstag.

Der Geschäftsbericht gab Geschäftsführer Lorenz (Hamburg), der den gedruckten Vorlesenden Bericht ergänzte. Der unerwartete Ausbruch des Weltkrieges habe ganz plötzlich die deutsche Gesamtwirtschaft zum Stillstand gebracht und alle Zweige veranlaßt, sich auf die Bedürfnisse des Krieges einzurichten. Die Umwandlung der Friedenswirtschaft in die Kriegswirtschaft habe sich über Erwarten schnell vollzogen, es könne ohne Ueberbahrung behauptet werden, daß das deutsche Wirtschaftsleben die Probe auf seine Widerstandsfähigkeit glänzend bestanden habe. Nach einer kurzen Besprechung des Lageberichts, in der das organisatorische Talent und die Anpassungsfähigkeit des ganzen Volkes sich als musterhaft erwiesen habe, hätten bis auf einige direkt auf den Ueberseehandel angewiesene Zweige des Handels und der Industrie alle wirtschaftlichen Faktoren wieder in Wirksamkeit treten können, so daß am Ende des Jahres im Inlande wie im Auslande der Beweis erbracht worden sei, daß Deutschland wirtschaftlich durch den Krieg nicht vernichtet werden könne.

Der Warenverkehr der Großenhandelsvereins war im ersten Halbjahre 1914 nicht lebhafter als im zweiten Semester 1913. Im Juli war der Geschäftsgang ruhig, fast träge, denn es wurde um diese Zeit mit Kausen zurückgehalten in Erwartung von Preisrückgängen für verschiedene Artikel angesichts der allgemein günstigen Aussichten für die neue Ernte. Bis Ende Juli war eine Umsatzerhöhung von 7 879 735 Mark zu verzeichnen. Das Geschäft in den letzten fünf Monaten des Jahres war mit vielerlei großen Schwierigkeiten, und zwar besonderer und ungewöhnlicher Art verknüpft. Der August brachte einen Umsatzzuwachs gegenüber dem Juli um rund 5 Millionen Mark (von 14 600 000 Mark auf 19 600 000 Mark). Im September stieg aber der Umsatz bereits wieder auf 13 Millionen Mark, der sich bis Dezember auf 15 1/2 Millionen Mark erhöhte. Zusammengefaßt zeigt sich die Wirkung des Krieges auf die Umsatzziffern in folgender Darstellung: Januar bis Juli 1914: 89 772 558,54 Mark, 1913: 82 002 823,23 Mark, 1914 mehr 7 769 735,31 Mark, August bis Dezember 1914: 67 751 482,14 Mark, 1913: 71 954 492,99 Mark, 1914 weniger: 4 203 010,85 Mark. Der Warenverkehr hat also trotz des Krieges im vollen Verlaufsloft noch eine Steigerung um rund 3 476 000 Mark erzielt, wenn diese auch hinter derjenigen zurückbleibt, die in normalen Zeiten erwartet werden konnte. Der Umsatz betrug insgesamt 157 524 040 Mark gegenüber 154 047 836 Mark im Vorjahr. Der Warenverkehr von genossenschaftlichen Organisationen hat sich wiederum in erfreulicher Weise gesteigert, und zwar von 8 679 735 Mark in 1913 auf 9 045 814 Mark im Berichtsjahr. Die Kaffeeförderung in Ostbavaria hatte 1914 einen geringeren Umsatz wie 1913; er betrug 3 790 573 Mark gegenüber 4 295 559 Mark im Vorjahr. Bei der Abteilung Manufaktur und Schuhwaren erhöhte sich der Umsatz um 500 000 Mark auf 8 800 000 Mark. Der Verkauf von Wollewaren war im zweiten Halbjahr reichlich doppelt so groß als in der gleichen Zeit 1913.

Die Entlastung der Produktionsbetriebe ist durch den Krieg in ganz besonderer empfindlicher Weise gefördert worden. Die Fertigstellung der neuerbauten Leigwarenfabrik Gröba und Seifenfabrik Düsseldorf wurde durch die Entlastung von Arbeitern und Verzögerung der Materialbeschaffung um Monate hinausgezögert. Erst im November konnte mit der Leigwarenfabrikation begonnen werden, während für die Seifenfabrik Düsseldorf nur mit den größten Anstrengungen bis zum Jahreschluß die Fertigstellung der Gebäude erreicht wurde und die Einrichtung der Fabrikation erst nach Neujahr in Angriff genommen werden konnte. Die Seifenfabrik Gröba steigerte ihren Umsatz von 8 348 683 Mark auf 8 588 537 Mark. Die drei Leigwarenfabriken litten zu Beginn des Berichtsjahres unter einer Störung des Abfahrs. Mit der Rohmaterialien lieferte jeder Verband auf, so daß man gezwungen war, die Fabriken zu schließen. Sie konnten aber bald wieder geöffnet werden, da ein starker Absatz einsetzte. Der Absatz wuchs aber 1914 immer noch einen Anstieg um 109 684 Mark, von 2 642 770 Mark auf 2 752 454 Mark auf. Größere Schwierigkeiten waren bei der Färbefabrikation zu überwinden, weil es nicht leicht war, die benötigten Rohstoffe zu beschaffen. Die Färbefabrikation hat die Kriegsmomente gut überstanden. Man war nicht genötigt, den Schluß der Färbefabrikation in Anspruch zu nehmen, sondern konnte auf den gestellten Anforderungen gerecht werden. Die Gesellschaft trägt sich mit der Absicht, in Osnabrück ein neues Lagergebäude zu errichten, das eine Kaffeeförderung, Gemüsen und Weinlektre enthalten soll. Des weiteren soll in Gröba eine Wohnsiedlung erbaut werden, deren Vorbereitung eifrig gefördert wird.

Der gesamte Reingewinn der Gesellschaft steigerte sich von 1 882 971 Mark im Jahre 1913 auf 2 174 357 Mark 1914.

Der Berichterstatter verbreitete sich am Schluß seiner Ausführungen noch über die Arbeiterverhältnisse bei der Großenhandelsvereins, aus denen sich Differenzen nicht ergaben. Nach Möglichkeit werden die im Felde stehenden Arbeiter unterstützt. Es sind für verarbeitende Unternehmungen bisher 246 000 Mark ausgeteilt worden. An freiwilligen Beiträgen des Angestellten-Personals wurden 45 000 Mark eingenommen, so daß als Leistung der Großenhandelsvereins 291 000 Mark verbleiben. Redner bittet die einzelnen Vereine, die Einrichtungen, die geschaffen sind zur Förderung des Genossenschaftswesens, zu fördern, damit sie die gestellten großen Aufgaben voll erfüllen können. (Beifall.)

Nach einer kurzen Aussprache genehmigte die Generalversammlung die Jahresrechnung und erteilte den Geschäftsführern und dem Aufsichtsrat einstimmig Entlastung. Der Reingewinn wird in der vorgeschlagenen Form verteilt.

Der Revisor Gauß (Stuttgart) wurde einstimmig wiedergewählt.

Dem bisherigen Abteilungsleiter Böhlein (Hamburg) wurde Prokura erteilt. Die ausbleibenden Aufsichtsratsmitglieder Böhlein (Hamburg), Braum (Schwab. Gmünd), Fischer (München), Kaufmann (Hamburg), Althel (München), Schulze (Halle), Bösch (Mannheim) wurden wiedergewählt. Für das verstorbenen Aufsichtsratsmitglied Bernhardt (Frankfurt a. M.) wurde Bauer (Mannheim) gewählt.

Damit waren die Arbeiten der Tagung erledigt.

Telegramme.

Ein deutsches Unterseeboot zum Sinken gebracht.

Berlin, 15. Juni. (B. V. Amtlich.) Nach einer Mitteilung des Ersten Lords der Admiralität im Unterhause vom 9. Juni ist Anfang Juni ein deutsches Unterseeboot von den Engländern zum Sinken gebracht und die gesamte Besatzung gefangen genommen worden.

Aus einer jetzt veröffentlichten Note der britischen Regierung über die Behandlung der kriegsgefangenen Unterseebootbesatzung geht hervor, daß es sich um das deutsche Unterseeboot U 14 handelt. Da dieses Boot von seiner letzten Unternehmung bisher nicht zurückgekehrt ist, muß es als verloren betrachtet werden.

Der Stellvertreter des Chefs des Admiralsstabs: Behncke.

Verfenkt.

Rotterdam, 16. Juni. (B. V. Nichtamtlich.) Der „Rotterdamse Courant“ meldet aus London: Das britische Tankerschiff „Desafina“ ist beim Rirth of Tan verfenkt worden.

Vermittlung im Streit der Textilindustrie.

London, 16. Juni. (B. V. Nichtamtlich.) Eine Versammlung von Arbeitgebern der Textilindustrie in Manchester hat den Vorschlag des Handelsamtes, in dem Streit der Textilindustrie zu vermitteln, angenommen.

Feldpost.

Graber. Im Brief verbenen wir die Zeitung nicht, nur als Zeitungsfreund.

Kreßlich. 140 Mark für Juni und Juli erhalten.

Silberth. Rab-Rauheim. Erbitten neue Adresse für Krede.

Wiesbadener Theater.

Königliches Theater.

Mittwoch, 16. Juni, 7 Uhr: „Die Zauberkiste“. Donnerstag, 17. Juni, 7 Uhr: „Der Trompeter von Säckingen“. Freitag, 18. Juni, 7 Uhr: „Würgerlich und romantisch“. Samstag, 19. Juni, 7 Uhr: „Rigorous Hochzeit“. Sonntag, 20. Juni, 7 Uhr: „Carmen“.

Reisende Theater.

Rina Sandow): „Die Affäre“. Mittwoch, 16. Juni, 7 Uhr (Gastspiel der Schauspielergesellschaft Rina Sandow): „Schattenstücke“. Donnerstag, 17. Juni, 7 Uhr (Gastspiel der Schauspielergesellschaft Rina Sandow): „Die Affäre“. Freitag, 18. Juni, 7 Uhr (Gastspiel der Schauspielergesellschaft Rina Sandow): „Schattenstücke“. Samstag, 19. Juni, 7 Uhr (zum erstenmal): „Die Kreuzschreiber“. (Gastspiel der Schauspielergesellschaft Rina Sandow.)

Landsturm-Musterung.

(Stadtfreis Wiesbaden.)

Die Musterung und Aushebung der im Jahre 1896 geborenen Landsturmpflichtigen

findet am 18., 19., 21., 22. und 23. Juni cr. statt. Es haben sich im Deutsch n Hof — Goldgasse 4 — vormittags 7 Uhr zu stellen:

1. Am Freitag den 18. Juni cr. die Landsturmpflichtigen mit den Anfangsbuchstaben A, B, C, D, E.
2. Am Samstag den 19. Juni cr. die Landsturmpflichtigen mit den Anfangsbuchstaben F, G, H, J.
3. Am Montag den 21. Juni cr. die Landsturmpflichtigen mit den Anfangsbuchstaben K, L, M, N.
4. Am Dienstag den 22. Juni cr. die Landsturmpflichtigen mit den Anfangsbuchstaben O, P, R, S.
5. Am Mittwoch den 23. Juni cr. die Landsturmpflichtigen mit den Anfangsbuchstaben T, U, V, W, Z.

Die Landsturmpflichtigen haben sich an den genannten Tagen in reinem und nütternem Zustande pünktlich zu stellen.

Die ohne genügende Entschuldigung Ausbleibenden haben zu gewärtigen, daß sie sofort festgenommen, außertermintlich gemustert und als unsichere Landsturmpflichtige sofort eingestellt werden.

Diejenigen, die durch Krankheit am Erscheinen verhindert sind, haben ein behördlich beglaubigtes ärztliches Attest einzureichen.

Gesuche um Zurückstellung sind bei der königlichen Polizeidirektion hier einzureichen.

Wiesbaden, den 15. Juni 1915.

Der Magistrat.